

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/100

Bonn, den 26. Mai 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Es bleibt beim Unrecht</u>	64

Die Regierung verletzt Sitte und Anstand

Von Fritz Sänger, MdB

2

Die CDU ist nicht der Staat

46

Parteilpolitische Schläue und erlogene Tricks

Von Hermann Hansing, MdB

3

In memoriam Carl Severing

49

Ein großer Sohn unseres Volkes

4 - 4a

Frauen von heute

96

Zur Bundesfrauenkonferenz der SPD in Koblenz

Von Marta Schanzentach, MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

***** Zur Beachtung *****

Unsere heutige Beilage SELBSTBESTIMMUNG UND
EINGLIEDERUNG enthält u.a. einen informati-
ven Beitrag zur ersten Lesung von zwei Ent-
wurfen für eine 18. Novelle zum Lastenaus-
gleichsgesetz.

Die Redaktion

Es bleibt beim Unrecht

Die Regierung verletzt Sitte und Anstand

Von Fritz Sänger, MdB

Die Bundesregierung hatte am Dienstag dieser Woche Gelegenheit eine schwerlastende Verfehlung des frühern Bundeskanzlers Dr. Adenauer auszugleichen. Sie hätte sich entschuldigen, sie hätte einen freilich unbegreiflichen Irrtum eingestehen, sie hätte einen Schritt tun können, tun müssen, Verfassungsmoral und Verfassungswirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen. Es wäre dringend nötig und es wäre heilsam für alle gewesen.

Mit nicht verständlicher Hartnäckigkeit weigerte sich der Bundesminister der Justiz, den Schritt zu tun, der ihm dem respektierten, honorigen Mann, der sein Amt soeben erst übernommen hat, der unbelastet war, aus vielen Gründen besonders zu Gesicht gestanden hätte. Der "Minister für die Rechtspflege" - als solcher wurde er bezeichnet - verharrte auf der Linie, die Konrad Adenauer mit den Vorwürfen des "Abgrund von Landesverrat", des Landesverrats "um Geld zu verdienen", des Beseitigen von Beweismaterial durch einen Offizier des Bundesnachrichtendienstes in verwerflicher Unkorrektheit und unredlicher Selbstherrlichkeit damals gezogen hatte.

- * Diese Haltung des zu jener Zeit verantwortlichen politischen Mannes und dazu die Untaten einiger seiner Minister, von denen einer aus dem Amt ausscheiden müsste, ein anderer aber im Amt bleiben durfte, obwohl er Verständnis für Handlungen "etwas ausserhalb der Legalität" in öffentlicher Sitzung des Bundestages besaugte, belastet die Glaubwürdigkeit der deutschen Gegenwart diesseits und jenseits der Grenzen.

Wenn es nach dem amtierenden Justizminister gehen sollte, wird diese Bürde auf den Schultern des Landes bleiben müssen. Weder der Kanzler, der nicht anwesend war, als der Bundestag dieses sehr ernste Thema verantwortungsbewusst besprach, noch die Parteien, die ihn tragen, die CDU und die CSU, liessen etwas verlauten, dass sie aus dem Spruch des höchsten deutschen Gerichtes Konsequenzen zu ziehen bereit seien.

Im Gegenteil! Indem der Bundesjustizminister seine Zuflucht zu Formalien der deutschen Rechtsordnung nahm, indem aus der CDU/CSU-Fraktion - nur müde und vereinsamt - Zurufe laut wurden, war zu erfahren, dass der Versuch unternommen wird, den Richterentscheid so zu interpretieren, als seien Augstein und Ahlers nur gerade noch so davongekommen.

- * Nichts war von einer Anerkennung der Tatsache zu hören, dass
- * höchste deutsche Gericht eben n i c h t "einen Abgrund von Kon-
- * desverrat", n i c h t s von Verrat zum Zwecke des Geldverdienens
- * n i c h t s von Beihilfe amtlicher Persönlichkeiten zur Beseiti-
- * gung von Material festgestellt hatte!

Nichts war zu hören, dass Sitte und Anstand unter Menschen unserer Zeit und Lebensart es erfordern, dass Beleidigte um Verzeihung zu bitten sind, Beschuldigte um Entschuldigung. Denn - hier sagte der Bundesminister der Justiz doch - solange einem Beschuldigten nicht nachgewiesen wurde, dass er schuldig ist, bleibt er unschuldig. Daraus zog nicht der Minister, zog kein Mitglied dieser Regierung - zog vor allem auch nicht der Bundeskanzler die Folgerung, ein Wort des Bedauerns für eine verführte Tat zu sagen, die freilich ein anderer Kanzler, aber doch der für die Politik der Regierung der Bundesrepublik Verantwortliche begangen hatte.

Es wäre eine Entlastung für die Regierung und für die Bundesrepublik geworden, wenn von der Regierungsbank her klar bekannt worden wäre, dass Männer, die sich um Deutschlands Verteidigungsfähigkeit und um seine internationale Position Gedanken gemacht und bemüht haben, f ä l s c h l i c h als Verräter bezeichnet wurden. Die Begründung, die das Gericht seiner Entscheidung gegeben hat, spricht eine andere Sprache. Man wird sie in der Welt besser verstehen als die der Bundesregierungen von 1962 und 1965.

Die CDU ist nicht der Staat

Parteipolitische Schläue und erlogene Tricks

Von Hermann Hansing, MdB

Wer geglaubt hat, die Propaganda der Regierungsparteien CDU und FDP zum Bundestagswahlkampf würde, wie abgesprochen, erst acht Wochen vor dem Wahltag einsetzen, ist um eine Illusion ärmer geworden. Statt offener Parteipropaganda erlebte der Bürger große Zeitungsinserte mit dem Titel "Mitbürger fragen - der Kanzler antwortet", die aus Steuermitteln finanziert werden. Diese Propaganda soll in der jetzigen Form nach Auskunft des Pressechefs der Bundesregierung sechs bis acht Wochen lang durchgeführt werden.

Die Kosten eines Inserats betragen bei 500 Tageszeitungen 200 000 DM. Da man diese Anzeigen sechs- bis achtmal veröffentlichen will, ist die runde Summe von 1,6 Millionen DM erforderlich.

Nach Auskunft der Regierungsparteien ist das aber beileibe keine Wahlpropaganda, sondern nur eine "Unterrichtung" der Bürger. Diese "Unterrichtung" - sprich CDU-Propaganda auf Staatskosten - hört aber genau mit dem Beginn der Gesamtwerbung der Parteien acht Wochen vor der Bundestagswahl auf. "Na also", könnte der gutgläubige Bürger sagen, "dann hat diese Aktion doch nichts mit Wahlpropaganda zu tun". Aber weit gefehlt! Mit einer Offenheit, die an Unverschämtheit gronzt, erklärte der Pressechef der Bundesregierung im Parlament:

- * "... ich glaube, daß nach dem Gesetz der Wirksamkeit - und wenn
- * man berücksichtigt, daß in den letzten Monaten vor der Wahl schon
- * eine ganz große Reizüberflutung der Bevölkerung einsetzt - dann
- * sozusagen eine Verdreifachung der Aktion sicherlich nicht sehr
- * wirksam wäre."

So spricht ein Beamter des Staates. Und die Frage im Parlament war berechtigt: "Herr Staatssekretär, fühlen Sie sich in der Art, wie Sie die Sache hier zu verteidigen versuchen, als Beamter oder als Angestellter der CDU?"

Das war und ist eine entscheidende Frage. Diese CDU leidet an Überheblichkeit. Sie glaubt, sie sei der Staat. Sie glaubt, was für die CDU gut und vorteilhaft ist, ist auch gut für den Staat. Diese CDU hält sich für das Ganze. Sie ist aber nur ein Teil des Ganzen. Und die CDU muß sich auch sagen lassen, diese Bundesrepublik ist nur ein Teil des deutschen Volkes. Was sich hier auf dem Gebiete der Propaganda auf Staatskosten abspielt, mag den Regierenden im Augenblick vorteilhaft und nützlich erscheinen; der Demokratie aber wird der schlechteste Dienst erwiesen.

Wir wissen, daß manche Bürger der Demokratie sehr kritisch und abwartend gegenüberstehen. Ist das die Schuld der Kritiker? Nein. Schuld sind jene, die glauben, daß die Demokratie zum Tummelplatz parteipolitischer Schläue und erlogener Tricks gemacht werden darf. Könnte bei diesen Tricks und dieser Schläue nicht einmal die "Reizüberflutung" der Bevölkerung sich zum Schaden der Demokratie auswirken? Das aber wäre verhängnisvoll. Alle verantwortungsbewußten Bürger sollten verhindern, daß die große Chance der Demokratie im freien Teil Deutschlands verspielt wird.

In memoriam Carl Severing

Ein grosser Sohn unseres Volkes.

M.G.- Am 1. Juni wäre einer der bedeutendsten Führer der Sozialdemokratie 90 Jahre alt geworden: Carl Severing.

Er war einer jener Männer auf der Bühne der Politik, die sich mit Hingabe der Rolle verschrieben hatten, "die Arbeiterschaft kulturell, sozial und politisch vorwärts und aufwärts zu führen."

Als Sohn eines Zigarrensortierers in Herford geboren, erlernte er das Schlosserhandwerk. Und es spricht für seine handwerkliche Tätigkeit, dass er schon vier Monate vor Beendigung seines Lehrvertrages als Geselle losgesprochen wurde. Dass ihn Energie, Lernbegierde und ein hoher Grad von Intelligenz auszeichneten, wird bereits dadurch offenkundig, dass er trotz 12stündiger Arbeitszeit die Fortbildungsschule besuchte und bei deren Verlassen wegen besonderer Leistung von der Königlichen Regierung mit einem Preis ausgezeichnet wurde.

Schon in früher Jugend trat Carl Severing der Arbeiterbewegung bei. Seine politische Begabung wurde bald erkannt. 1907-1912 gehörte er dem Reichstag an. Damit war jedoch seine parlamentarische Tätigkeit längst nicht beendet. 1919 wurde er Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung in Preußen und der Nationalversammlung des Reiches. Bis 1933 wirkte er im preussischen Landtag und im Reichstag.

Welches grosse Vertrauen in seine politischen Fähigkeiten gesetzt wurden, macht seine Berufung als Reichskommissar und Preussischer Staatskommissar für das Ruhrgebiet 1919/20 deutlich. Carl Severing gebührt in hohem Masse das Verdienst, in dieser Eigenschaft zur Beendigung des durch wilde Streiks und von radikalisierten Elementen provozierten ausgebrochenen bürgerkriegsähnlichen Zustandes beigetragen zu haben. Als "Friede von Münster" sind seine Bemühungen in die Geschichte eingegangen.

Ihm, als einem leidenschaftlichen Demokraten, war es natürlich nicht entgangen, dass die neugeschaffene Republik einer politisch und sachlich zeitgemässen Verwaltung bedürfte. Als langjähriger preussischer Innenminister sowie ab 1928 als Reichsinnenminister unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller kämpfte er für die Demokratisierung der Verwaltung. Es ist nicht zuletzt das Verdienst dieses Mannes, dass in der Weimarer Republik Preussen von allen deutschen Ländern das stabilste Bollwerk gegen den Radikalismus war. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Reichskanzler von Papen und seine Hintermänner die Preussische Regierung durch einen Staatsstreich am 20. Juli 1932 ihres Amtes enthob. Der Staatsgerichtshof stellte später die Rechtswidrigkeit dieser Aktion fest.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Reiches, das Severing schlecht und recht überlebt hatte, stellte er sich noch einmal zur Verfügung. Er wurde Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen und Chefredakteur der Freien Presse in Bielefeld.

Sein Leben verlief zu ungewöhnlich, als dass es hier erschöpfend dargestellt werden könnte. Doch die erwähnten Etappen seines Wirkens geben bereits genügend Aufschluss darüber, dass Carl Severing ein grosser Sohn unseres Volkes war. Als er am 27. Juli 1952 für immer von uns ging, hatte ein Herz für die Würde des Menschen zu schlagen aufgehört.

Frauen von heute

Zur Bundesfrauenkonferenz der SPD in Koblenz

Von Marta Schanzenbach, MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD

Alle zwei Jahre führt die SPD eine Bundesfrauenkonferenz durch. Sie wird in diesem Jahr in der Zeit vom 28. bis 30. Mai 1965 in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz stattfinden. 300 Delegierte und Gastdelegierte aus der Bundesrepublik und Berlin, die in ihren Bezirken gewählt wurden und 200 Zuhörer aus der näheren Umgebung von Koblenz nehmen neben ausländischen Gästen, sowie Vertretern des Bundes und Länderministerien, der Gewerkschaften und der Frauenverbände an der Konferenz teil. Im Mittelpunkt der Konferenz wird das Referat des Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, stehen, der über die "SPD im Wahljahr 1965" sprechen wird.

Die Bundesfrauenkonferenzen der SPD haben die Aufgabe, eine für die Frauen in unserer Zeit wichtige Frage sichtbar zu machen und sie in Bewegung zu bringen. So wurden 1961 auf der Konferenz in Oberhausen gesellschaftspolitische Probleme behandelt. Die Auswirkung dieser Konferenz war dann der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion über die Durchführung einer Untersuchung über die Stellung der Frau im Beruf, Familie und Gesellschaft. Die Regierung wird noch in dieser Legislaturperiode Teilergebnisse dieser Untersuchung vorlegen.

Auf der Bundesfrauenkonferenz in Frankfurt 1963 behandelte Professor Dr. Ludwig Prellner in einem in die Zukunft weisenden Referat das Thema "Die Freiheit der Frau. Ihre Stellung im Bewußtsein der Gesellschaft". In Fortführung der in Oberhausen diskutierten Fragen wies er auf die Möglichkeiten, die der Frau die volle Freiheit und gesellschaftliche Integration in die Gesellschaft ermöglichen. Daneben wurde in Frankfurt das Thema "Der Beitrag der Frauen zur Europäischen Entwicklung" behandelt. Es wurde untersucht, in welcher Form die Frauen in der SPD einen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beitrag für ein vereinigtes Europa leisten können.

Aus den erarbeiteten Möglichkeiten ist einiges bereits verwirklicht worden. So unter anderem die Bildung eines Frauenausschusses auf europäischer Ebene, der ein gemeinsames Programm für die sozialdemokratischen Frauengruppen in den EWG-Ländern entwarf. Intensive freundschaftliche Beziehungen zu allen europäischen Ländern sind im Wachsen. Durch die Konferenz in Frankfurt ist das Problem Europa in den sozialdemokratischen Frauengruppen in den Vordergrund gerückt und damit vorwärts bewegt worden.

Mit der Bundesfrauenkonferenz, die nun am kommenden Wochenende in Koblenz stattfindet, wird wieder ein aktuelles Thema aufgegriffen. Senator Karl-Heinz Evers, Berlin, wird über "Frau und Bildung" sprechen. Wolfgang Schultz, Dozent an der Pädagogischen Hochschule, Berlin, wird das Thema "Die Massenkommunika-

tionsmittel und ihre Einwirkung auf die Frau" behandeln. Die Entwicklung der Frau zu ihrer vollen Persönlichkeit ist mit ihrer Bildung und Ausbildung aufs Engste verbunden. Auf diesem Gebiet besteht in der Bundesrepublik noch keine Gleichberechtigung. Die neueste Iltas-Untersuchung weist nach, daß 23 Prozent der Männer die Volksschule verlassen haben, ohne anschließend eine Lehre mitzumachen. Bei den Frauen sind es 51 Prozent. Der Bildungsstand der Frauen ist im allgemeinen geringer als der der Männer. Daraus ergeben sich entscheidende Auswirkungen sowohl für die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten als auch für die Mitwirkung der Frauen im politischen und gesellschaftlichen Leben.

Diese Fragen sollen in einem Referat behandelt und in den Arbeitsgemeinschaften vertieft werden mit dem Ziel, parlamentarische Initiativen daraus abzuleiten und Wege zu suchen, die der Frau bessere Bildungsmöglichkeiten eröffnen.

Ein neuer Weg, die Frau neben Beruf und Politik aus den engen Grenzen des Haushaltes herauszuführen, ist ihre Mitwirkung in der heutigen Verbrauchergesellschaft. Auch die an das Haus gebundenen Frauen haben durch Auswahl und Kauf von Waren die Möglichkeit der Mitwirkung und Einflußnahme in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben. Der sich immer mehr ausweitende Verbrauch bringt den Frauen auch eine große Chance der persönlichen Freiheit. Sie können auswählen, sie können bestimmen, was sie kaufen wollen und machen damit, ohne daß es ihnen recht bewußt wird, **P o l i t i k**. Aber in dieser Wirtschaftswelt ist sie auf Informationen angewiesen, die sie nur durch einen ständigen Kontakt mit qualifizierten Medien der Kommunikation gewinnen kann. Der Einfluß dieser Massenkommunikationsmittel auf die Frau wird Gegenstand der Erörterungen auf der Bundesfrauenkonferenz der SPD sein.

* * *

Über das Ergebnis der vier Arbeitsgemeinschaften (1. Frau und Familie; 2. Berufliche Aufstiegsmöglichkeiten der Frau; 3. Die Frau in der politischen Arbeit; 4. Die Massenkommunikationsmittel und ihre Einwirkung auf die Frau.) wird am Samstag Vormittag der Konferenz Bericht erstattet.

Am Samstagabend gibt der Parteivorstand für Delegierte und Gäste einen Empfang und anschließend wird in der Rhein-Mosel-Halle ein bunter Abend stattfinden.

Für diese Bundesfrauenkonferenz ist von Klio-Film ein Streifen gefilmt worden, der Frauen in ihrem beruflichen und privaten Leben zeigt.

Außerdem wird eine Ausstellung "Malerrinnen aus Berlin" in der Reihe "Deutsche Malerrinnen der Gegenwart" am Freitag, dem 28. 5., in der Rhein-Mosel-Halle eröffnet, die zur Bundeskonferenz der SPD von Dr. Lucie Schauer, Lou Scheper-Bérkonkamp und Jule Hamner zusammengestellt wurde.

Die Konferenz wird mit einer Kesselfahrt ihren Abschluß finden.

+ + +